

Agglolac - Grosse Risiken bei der Archäologie, offene Fragen zu den Kosten



Die SVP Nidau hat im November 2015 einen elfseitigen Mitwirkungsbericht zum Projekt Agglolac eingereicht. Aus unserer Sicht müssen diverse offene Fragen geklärt werden, bevor die Nidauer und Bieler voraussichtlich nächstes Jahr über das Grossprojekt abstimmen werden.

Gemäss dem Planungsbericht (S. 61) sollen zum Beispiel die Gemeinden für mögliche Kostenüberschreitungen im Bereich Altlastensanierung und Archäologie aufkommen. In Anbetracht der Resultate der Testgrabungen, die in manchen Bereichen auf einen relativ grossen Sanierungsbedarf hinweisen, ist diese Ausgangslage inakzeptabel.

Bereits in einem Bericht an die Bieler und Nidauer Stadträte aus dem Jahr 2010 wird an mehreren Stellen auf das „bedeutende Risiko“ der Altlastenbefreiung und archäologischen Ausgrabungen hingewiesen. Die SVP Nidau fordert deshalb als Absicherung für den

Nidauer Steuerzahler ein Kostendach.

Die SVP Nidau fordert den Projektausschuss zudem auf, eine Investitionsplanung und eine Planungsrechnung zu erstellen. Der Bau eines neuen Quartiers für rund 1'500 Einwohner und Platz für neue Unternehmen erfordert selbstverständlich die Bereitstellung und Finanzierung einer umfassenden Infrastruktur wie beispielsweise Strassen und Leitungen sowie Schulen und Kindergärten aber auch eine absehbare Personalaufstockung in der Verwaltung. Dem gegenüber stehen logischerweise höhere Steuereinnahmen.

Es gilt noch vor der Volksabstimmung aufzuzeigen, wie sich das Projekt auf die Nidauer Stadtfinanzen auswirken wird (zum Beispiel Änderungen bei Einnahmen, Ausgaben, Verschuldung, usw.) und wie es finanziert werden soll. Mit der Investitionsplanung soll aufgezeigt werden, wann welche Investitionen anfallen. An Infoveranstaltungen schöne Bilder zu zeigen ist das eine - unter welchen Bedingungen die ganze Geschichte überhaupt finanziert werden kann, steht auf einem anderen Blatt.

Die SVP Nidau bezweifelt zudem, dass eine derart massive Bauweise, wie sie aktuell geplant ist, von der Bevölkerung goutiert wird. Gemäss den Entwürfen zu den baurechtlichen Grundlagen wird kein „Klein-Venedig“ gebaut, wie dies ursprünglich in

Aussicht gestellt wurde, sondern eher ein „Klein-NewYork“ mit langen und hohen Häuserschluchten mit teils massiven Bauten. Manch ein Nidauer wird sich fragen: „Inwiefern wird Nidau als Gemeinde mit zig neuen Betonblöcken attraktiver?“

Die SVP Nidau schlägt darum vor, zum Beispiel in der ZPP 7.3 (westlich des Barkenhafens) anstelle von Hochhäusern die Grundlagen für eine grosse Sport- und Freizeitzone zu schaffen. Dies würde dem neuen Quartier und ganz Nidau eine Steigerung an Lebensqualität geben („Sport & Freizeit direkt vor der Haustür“).

Eine weitere offene Frage betrifft das fehlende Verkehrskonzept: Die vorgesehene Anzahl öffentlicher Parkplätze ist viel zu tief und eine Gesamtsicht fehlt. Eine starke Verkehrszunahme in den angrenzenden Quartieren wäre die Konsequenz. Hier braucht es ebenfalls Nachbesserungen.



Leander Gabathuler
Stadtrat/Fraktionspräsident
GPK
Vizepräsident SVP Nidau

Projekt berufliche Integration - Soziale Dienste Nidau in Partnerschaft mit den KMU

Die Abteilung Soziale Dienste realisiert 2016 ein neues Projekt, mit dem kleineren und mittleren Unternehmen eine Partnerschaft angeboten wird. Es gibt viele Sozialhilfebeziehende, die gesund, motiviert und zuverlässig sind. Was ihnen für einen Erfolg bei der Suche nach einer Erwerbsarbeit fehlt, sind meistens eine bisher nachweisbare Berufstätigkeit, oder berufliche Qualifikationen, bzw. Erfahrungen.

Auf der anderen Seite sind kleinere und mittlere Unternehmen, die z.B. in einem Prozess stehen, evtl. gewisse Arbeitsplätze neu ausrichten möchten, jedoch kurzfristig keine neuen Arbeitsplätze schaffen können. Hier würde das Projekt vermittelnd aktiv und kann dem Unternehmen für eine festzulegende Zeit (im Normalfall 6 Monate) eine Arbeitskraft zur Verfügung stellen.

In der Regel sprechen wir hier von nicht-spezialisierter Arbeit in Branchen wie mechanische Betriebe, Garagen, Handwerksbetriebe, Unterhalt, etc.

Das Unternehmen erhält eine Arbeitskraft im Sinne eines Praktikums. Die Sozialhilfebeziehenden werden während dieser Zeit weiterhin von der Sozialhilfe unterstützt.

Das Unternehmen erhält eine Arbeitskraft, die sich während der Praktikumszeit im ersten Arbeitsmarkt bewähren kann und eine Chance für einen Wiedereinstieg erhält, indem er/sie Arbeitserfahrung sammelt und eigene Ressourcen und Kompetenzen entdecken kann.

Eventuell entsteht im Anschluss an das Praktikum sogar die Möglichkeit einer Fortsetzung des Angestelltenverhältnisses.

”

Mit diesem Projekt beabsichtigen wir eine Win-Win-Situation zu erreichen!

Mit einem guten Arbeitszeugnis sind auf jeden Fall die Chancen erheblich grösser, bei einer Stellenausschreibung zum Zug zu kommen.

Was vom Unternehmen erwartet wird, ist eine korrekte und fachliche Einführung und eine Personalbetreuung im üblichen Sinn.

Die Gemeinde Nidau leistet mit den KMU einen aktiven Beitrag zur sozialen und beruflichen Integration und stärkt den Gemeindegemeinschaft.

Ähnliche Projekte sind in anderen Berner Gemeinden, wie zum Beispiel der Stadt Bern, Aarberg oder Büren a.A. mit vielversprechenden Resultaten angelaufen.

Die Erfolgsquote für die Wiedereingliederung in den 1. Arbeitsmarkt ist in Gemeinden mit solchen Programmen signifikant höher als in Gemeinden mit konventionellen Beschäftigungsprogrammen. Wir erhoffen uns auch in Nidau eine höhere Erfolgsquote bei der Wiederintegration von Sozialhilfebeziehenden in den ersten Arbeitsmarkt.



Roland Lutz
Gemeinderat
Ressort Soziales
Präsident SVP Nidau

Ja zu einer fairen Verkehrsfinanzierung am 5. Juni!

Warum es am 5. Juni zur Initiative „für eine faire Verkehrsfinanzierung - Milchkuh-Initiative“ ein Ja von Ihnen braucht:

Der Autofahrer ist in den letzten Jahren immer mehr zur Milchkuh der Nation gemacht worden, ganz nach dem Motto „schweigen und bezahlen.“

Der Strassenverkehr hat Stand 2013 einen Selbstfinanzierungsgrad von 118%, zu Gute kommt ihm nur ein Drittel seiner Einnahmen. Rund 6 Milliarden Franken wandern durch diese Zweckentfremdung in die allgemeine Bundeskasse, der Autofahrer finanziert so allerlei Anderes, die Strasseninfrastruktur kommt dabei aber zu kurz!

Dass der Autofahrer aber auch Lieferant, Monteur, Verkäufer, Kunde und vieles mehr ist, scheint dabei völlig unter zu gehen. Oder haben Sie zu Beispiel schon mal einen Waschmaschinen-Monteur samt Material im Zug gesehen? Wirtschaft und Private sind auf eine gut ausgebaute Infrastruktur angewiesen.

Ich bin selber passionierter Autofahrer und fahre in meiner Freizeit sehr gerne Auto. Einsteigen, losfahren, die Freiheit geniessen, so einfach ist das - Sofern ich nicht an irgendeinem Nadelöhr im Stau stehe.

Seit Jahren sind diese Stellen bekannt, aber es passiert so gut wie nichts. Im Gegenteil, der Autofahrer wird bewusst aus städtischen Gebieten vertrieben und dies belastet die Agglomerationen und Umfahrungen zusätzlich.

Zudem wandern Jährlich ca. 80'000 Personen netto in die Schweiz ein. Für die Links-Grünen stellt dieser Aspekt ja nie ein Problem dar, es sind alle willkommen. Dass die meisten Zuwanderer auch Auto fahren und weitere Infrastrukturen benötigen, wird von den Anhängern des masslosen Zuwanderung gekonnt ausgeblendet.

Weil die Schweiz nur begrenzt Platz bieten kann, steht die SVP bekanntlich für eine tiefere, massvollere Zuwanderung ein. Da

eine sehr hohe Zuwanderung heute jedoch ein Fakt ist, wäre es ein Fehler, vor der Überlastung von Strasse (und Schiene) die Augen zu verschliessen.

Bei der Schiene hat das Volk mit FABI letztes Jahr einen Fonds beschlossen, der sich reichlich an der Bundeskasse bedienen darf - der Autofahrer zahlt also indirekt auch hier mit. Mit dem Versprechen, dass es für den Strassenverkehr künftig auch einen eigenen Fonds geben wird, hat das Volk FABI angenommen.

Die ersten Vorschläge für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) sehen vor, dass der Autofahrer einmal mehr noch stärker zur Kasse gebeten wird, zum Beispiel mit einem kräftigen Zuschlag bei der Mineralölsteuer: Ursprünglich vorgesehen waren bis zu 15 Rappen pro Liter zusätzliche Abgaben!

Das Parlament hat diesen Betrag unterdessen auf 4 Rappen hinunter korrigiert. Dennoch zeigt dies eindrücklich die breite Selbstbedienungsmentalität in Bundesbern auf - Bei den Autofahrern kann man scheinbar grenzenlos Geld abzwacken.

Die Preiserhöhung der Autobahn Vignette ist im Departement Leuthard auch noch nicht vom Tisch - trotz riesiger Schlappe an der Urne. Bei FABI hiess es, man sollte Strasse und Schiene nicht gegeneinander ausspielen, aber genau das wird nun beim Autofahrer einmal mehr gemacht. Er soll immer mehr bezahlen und kaum etwas dafür zurück erhalten.

Beim NAF sind letztendlich auch keine substantiellen Zusatzmittel für die Strasse vorgesehen. Beispielsweise die Zweckbindung der Mineralölsteuer, die heute zu 50% (ca. 1.5 Mrd. Franken jährlich!) zweckentfremdet wird, soll mit dem NAF minim auf 60% erhöht werden. Die „Milchkuh-Initiative“, die am 5. Juni zur Abstimmung kommt, verlangt hingegen eine vollständige Zweckbindung der gesamten Mineralölsteuereinnahmen von rund 3 Milliarden Franken für die Strasse.

Die Gegner der Initiative machen eines vorzüglich: Sie versuchen dem Autofahrer ein schlechtes Gewissen einzureden. Sie drohen, dass das Geld dann in anderen Bereichen eingespart werden muss (Bildung, Landesverteidigung, Landwirtschaft).

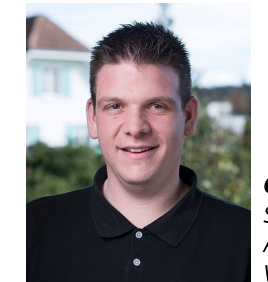
Dies sind alles Themen, bei denen der bürgerliche Wähler natürlich zurückschreckt. Wir reden hier von 2% des gesamten Bundesbudgets, das eingespart werden müsste. Weil das Bundesbudget jährlich um fast diesen Betrag wächst, müsste man im Prinzip nur für ein Jahr die Ausgaben plafonieren - bereits wäre der Betrag, der bei einer Annahme der „Milchkuh-Initiative“ zusätzlich in die Strasse und nicht mehr in den Bundeshaushalt fliesst, quasi kompensiert.

Beim Bund herrscht jedoch eine sehr fragwürdige Prioritätensetzung: Geld für das Asylchaos (Kostenexplosion von 1.2 auf 1.8 Milliarden Franken!), Entwicklungshilfe (1 Milliarde pro Jahr zusätzlich!), usw. scheint alles kein Problem zu sein.

Zumindest einen Teil der Strasseneinnahmen zweckgebunden für die Strasse zu verwenden, scheint für manche Kreise aber bereits zu viel verlangt zu sein. Ich wage zu behaupten, dass die Ersparnis aus reduzierten Stautunden einen nicht unerheblichen Beitrag zu Gunsten der Wirtschaft leisten würde. Seit 2008 haben sich die Stautunden mehr als verdoppelt! Herr und Frau Schweizer stehen jedes Jahr über 20'000 Stunden im Stau, die gesamtwirtschaftlichen Kosten gehen in die Milliarden.

Weniger Stautunden bedeuten auch weniger CO2-Ausstoss sowie freie Fahrt auch für den ÖV (Bus und Tram), was den Linken und Grünen ja auch immer sehr wichtig ist.

Die Einnahmen aus der Strasse sollen auch wieder für die Strasse investiert werden. Ich hoffe, dass die Autofahrer nun zusammen stehen und am 5. Juni Ja zur Vorlage für eine „faire Verkehrsfinanzierung“ stimmen.



Oliver Grob
Stadtrat
Aufsichtskommission
Vorstand SVP Nidau



faire-verkehrsfinanzierung.ch

Näher beim Volk!

SVP Nidau

www.svp-nidau.ch